



Jugend

Kita-Kollaps muss verhindert werden

Seite 28

KVJS

**Verbandsversammlung
zeigt Perspektiven**

Seite 4

Soziales

**Aktuelles zur
BTHG-Umsetzung**

Seite 16

Fortbildung

**MPD startet
Qualifizierungsmarathon**

Seite 32

Impressum

KVJS aktuell
Januar 2022

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Öffentlichkeitsarbeit

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

Verantwortlich:
Kristina Reisinger

Redaktion:
Monika Kleusch

Titelfoto:
© gpointstudio - stock.adobe.com

Layout:
www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208
publikationen@kvjs.de

Druck:
Texdat-Service gGmbH, Weinheim

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 KVJS-Verbandsversammlung 2021 zieht Bilanz und zeigt Perspektiven
- 7 Dr. Monika Spannenkrebs übernimmt Leitung des MPD
- 8 Der Blick nach vorn: Digitalisierung beim KVJS
- 9 Im Dialog mit Nachwuchskräften
- 9 KVJS-Bildungszentrum: Erfolgreiche Abschlüsse trotz Corona
- 10 Gemeinsame Ziele: KVJS und Arbeitsagentur

HABILA

- 12 Wie Technik das Leben erleichtert
- 14 Bundesteilhabepreis: 1. Platz für Quartett
- 15 Noch mehr Vielfalt im Kulturpark Reutlingen-Nord

SOZIALES

- 16 Das Ziel vor Augen: Zur Umsetzung des BTHG
- 18 Mehr bedarfsgerechte Hilfen für Wohnungslose
- 20 KVJS begrüßt BAGüS-Fachausschuss in Stuttgart
- 21 FaWo mit neuem Internetauftritt
- 21 Startschuss für neue GPV-Dokumentation

INTEGRATION

- 22 Modellprojekt mit KVJS: Mitarbeiter mit Autismus bei SAP
- 24 Herausforderungen und Perspektiven für Inklusionsunternehmen
- 25 Inklusionsunternehmen baut Frischmarkt mit Reichenau-Produkten
- 26 Carolin Wetzel – eine engagierte junge Frau
- 27 Empfehlungen zur Unterstützten Beschäftigung

JUGEND

- 28 Kita-Kollaps muss verhindert werden
- 29 FASD: Aufklärung und Unterstützung leisten
- 29 Mehr Beteiligung für mehr Qualität
- 30 Interview: „Kinderschutz steht an erster Stelle“
- 31 Schulsozialarbeit: Vernetzungs- und Austauschtreffen

FORTBILDUNG

- 32 MPD startet 2022 Qualifizierungsmarathon
- 33 Neues Angebot für mehr Wohnberater
- 34 Frühe Hilfen: (K)ein Anschluss unter dieser Nummer?
- 35 Quartiersakademie mit neuem Internetauftritt online
- 36 Neues aus der Kindertagespflege
- 37 Starke Partnerschaft: Jugendhilfe und Polizei

NEU ERSCHIENEN

- 38 Beim KVJS erschienen

Zwischen Haushaltsstabilität und Fachkräftemangel

KVJS-Verbandsversammlung 2021 zieht Bilanz und zeigt Perspektiven

Die gute Nachricht: Die KVJS-Umlage sinkt 2022 leicht. Die schlechte: Der Fachkräftemangel nimmt in allen sozialen Bereichen von der Kita bis zur Pflege immer dramatischere Ausmaße an. Die Umsetzung des BTHG verläuft nur schleppend.



Sozialminister Manfred Lucha (von rechts) im Gespräch mit dem Verbandsvorsitzenden Landrat Gerhard Bauer und Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. © Kristina Reisinger

„Die Coronakrise stellt uns vor gewaltige Aufgaben: Wir arbeiten alle seit zwei Jahren mit ganzer Kraft daran, die Situation möglichst gut zu händeln. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen für ihren Einsatz bedanken“, eröffnete der Verbandsvorsitzende Landrat Gerhard Bauer (Landkreis Schwäbisch Hall) die digitale Verbandsversammlung des KVJS. Als Gastredner war Sozialminister Manfred Lucha zugeschaltet.

Mehr Vielfalt der Pflege gefordert

Unter dem Titel „Sozialstaat 2030 – wie sieht das Konzept der Zukunft aus?“ sprach Lucha über aktuelle Aspekte aus Sicht der Landesregierung. Die Zukunft der Pflege ist ein drängendes Problem. Eine KVJS-Studie ergab, dass es 2030 im Vergleich zu heute 92 000 Pflegebedürftige mehr geben wird. Bauer plädierte nachdrücklich für vielfältigere Angebote: „Zum Beispiel durch Versorgungs- und Entlastungsangebote im ambulanten Bereich und eine größere Vielfalt außerhalb der klassischen stationären Kurzzeitpflege.“

Das war auch Thema im Gespräch mit Minister Lucha: „Wir stehen mitten in einem Paradigmenwechsel, in dem es wichtig ist, eine Vertrauenskultur aufzubauen.“ Das Land habe zuletzt viel Geld in die Hand genommen, die großen gesellschaftlichen Fragen könne es aber nicht unmittelbar beeinflussen. Dass alternative Wohnmodelle künftig mitfinanziert werden sollen, spreche vor allem auf Quartierskonzepte an: „Da werden wir bereits mutiger und die kommunale Familie ist ein wichtiger Partner für uns“, so Lucha. Auch er baue auf ambulante Modelle.

Verbandsdirektorin Kristin Schwarz wies darauf hin, dass in der stationären Pflege die erste Personalausbaustufe nach dem bundesweit einheitlichen Personalbemessungsverfahren bereits umgesetzt sei: „Bis heute wurden in Baden-Württemberg hierdurch rund 375 Vollzeitstellen geschaffen. Diese werden aktuell vollständig durch die Pflegeversicherung finanziert.“

Und doch bleibt die Finanzierung der Pflege weiterhin ein Problem. Landrat Achim Brötel (Neckar-Odenwaldkreis) sagte, man dürfe Lasten nicht auf folgende Generationen schieben. Jedes Jahr steige die Eigenbeteiligung, die irgendwann keiner mehr zahlen könne und letztendlich den Sozialhaushalt belaste. „Wir wollen diesen Diskurs führen“, pflichtete Lucha bei. „Es gibt Ideen, wie eine Vollversicherung aussehen könnte, aber noch keine befriedigende Lösung.“ Was bei der Pflege-reform rausgekommen ist, sei nicht der Rede wert – da habe man jetzt auf Bundesebene die Möglichkeit, es besser zu machen. „Aber wir werden es nicht schaffen, ohne dass es mehr kostet“, so Lucha.

41 000 neue Kita-Fachkräfte nötig

Der Fachkräftemangel trifft auch die Kindertagesstätten. Die Erfüllung des Rechtsanspruchs und bauliche Standards sind für die Kommunen enorme Herausforderungen. Hinzu kommt, dass bis 2030 zusätzlich bis zu 41 000 Fachkräfte gebraucht werden, wie eine Vorausberechnung des KVJS zeigt.

Einige Mitglieder machten im Gespräch mit Lucha deutlich, dass „die Kommunen die vollmundigen Versprechungen der Politik nicht mehr erfüllen können und heute schon Angst haben, die Standards überhaupt noch halten zu können“. Eine Anpassung der Standards sei ein wichtiger Schritt, um den Stand von heute zu halten. Lucha versprach, die Anregung auf politischer Ebene aufzugreifen.

Immerhin wurde die Forderung der LAGÖFW und des Landesjugendhilfeausschusses nach einer konzertierten Aktion zur Fachkräftesicherung Bestandteil des Koalitionsvertrags der Landesregierung. Der Verbandsvorsitzende wandte sich direkt an Lucha: „Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Sie bitten, dieses drängende Thema zur Chefsache zu erklären und federführend voranzubringen.“



Gedankenaustausch mit Minister Manfred Lucha.
© Kristina Reisinger

Schleppende Umsetzung des BTHG

Auch das BTHG war erneut Thema der Versammlung. Die Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX wird durch das Fehlen einheitlicher Regelungen zur Leistungs- und Vergütungssystematik erschwert. Die Corona-Pandemie, Schiedsstellen- und Klageverfahren tun ihr Übriges. Nun wurde

die Übergangsvereinbarung zum BTHG um zwei Jahre verlängert. Gerhard Bauer forderte deutlich mehr Verhandlungen in den kommenden zwei Jahren und bot den Leistungsträgern dafür die Unterstützung des KVJS an.

Bei schwerbehinderten Menschen im Beruf blieb der Arbeitsmarkt dank Kurzarbeit und Coronaförderprogramme einigermaßen stabil. Problematisch ist die Situation arbeitssuchender Menschen mit Behinderungen. Konnten in den letzten 15 Jahren noch durchschnittlich 300 bis 400 Personen vermittelt werden, waren es 2020 nur noch rund 200. Doch damit steht Baden-Württemberg bundesweit immer noch gut da. Mit dem Teilhabestärkungsgesetz kommen 2022 neue Aufgaben auf das KVJS-Integrationsamt zu.

Kristina Reisinger / Monika Kleusch

Ausschuss für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften (AEI)

Der Ausschuss für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften hat die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2020 für den Teilhaushalt „Soziale Einrichtungen“ ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen. Damit ist die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses abgeschlossen.

Die Prüfung hat ergeben, dass die Verwaltung insgesamt ordnungsgemäß gearbeitet hat. Die Haushaltsplanung 2022 sowie die mittelfristige Finanzplanung und das Investitionsprogramm bis 2025 wurden einstimmig beschlossen.

Vorgestellt wurden zudem die Pläne zum Neubau des Quartiers.Wohn.Haus und zur städtebaulichen Entwicklung in Rappertshofen Reutlingen – beides soll im kommenden Jahr zur Umsetzung kommen.

Stabile Haushaltslage beim KVJS

Der KVJS konnte positive Zahlen zur Haushaltslage präsentieren: Das Gesamtergebnis des KVJS verbesserte sich 2020 trotz der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie gegenüber der Planung und schloss mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 2,93 Millionen Euro ab. Die KVJS-Umlage für die kommunalen Haushalte sinkt noch einmal geringfügig: Der Hebesatz der Steuerkraftsummen liegt bei 0,126 Prozent (Vorjahr 0,142 Prozent) und der Kopfbetrag bei 2,589 Euro (Vorjahr 2,742 Euro) pro Einwohner.

Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung hat die Versammlung zudem eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen und damit die rechtlichen Grundlagen geschaffen für den digitalen Versand von Unterlagen.

INFO Neue Mitglieder in KVJS-Gremien

Verbandsausschuss

Landrat Dr. Ulrich Fiedler (Landkreis Reutlingen) und Landrat Dr. Christian Dusch (Landkreis Rastatt) wurden zu neuen stellvertretenden Mitgliedern gewählt.

Ausschuss für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften (AEI)

Neue ordentliche Mitglieder sind Landrat Lothar Wölfle (Bodenseekreis) und Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper (Stadt Stuttgart). Als stellver-

tretende Mitglieder wurden Landrat Christoph Schauder (Main-Tauber-Kreis) und Landrat Dietmar Allgaier (Landkreis Ludwigsburg) gewählt.

Landesjugendhilfeausschuss

Bürgermeisterin Christine Buchheit (Stadt Freiburg) und Sozialdezernent Ignaz Wetzel (Bodenseekreis) sind neue ordentliche stimmberechtigte Mitglieder. Bettina Stäb (Gemeindetag Baden-Württemberg) ist neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied.

Dr. Monika Spannenkrebs übernimmt Leitung des MPD



Leitet seit 1. Januar 2022 den MPD: Dr. Monika Spannenkrebs.
© Phonefix Biberach

Der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) beim KVJS hat mit Dr. Monika Spannenkrebs pünktlich zum Jahresbeginn eine neue Leiterin bekommen. Die Fachärztin für Allgemeinmedizin war zuvor fast 20 Jahre beim Kreisgesundheitsamt Biberach tätig, die letzten sieben Jahre als dessen Leiterin.

Spannenkrebs ist zudem Fachärztin für öffentliches Gesundheitswesen und absolvierte den Masterstudiengang Public Health der Ludwig-Maximilians-Universität München.

In Stuttgart wird sie nun ein 27-köpfiges, multidisziplinär zusammengesetztes Team aus Fachkräften der Pädagogik, Sonderpädagogik und Fachärzten an derzeit sieben Standorten leiten.

Monika Kleusch



Halten die Fäden in der Hand: Ralf Steiger und Clarissa Doz. © Julia Holzwarth

sm@rtKVJS

Der Blick nach vorn

Kommunalverband für Jugend und Soziales packt die Digitalisierung an

Der digitale Wandel macht keinen Halt. Auch die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung verändern sich. Um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, nimmt der 2019 gestartete interne Digitalisierungsprozess beim KVJS Fahrt auf.

Wo stehen wir? Wie gehen wir die Digitalisierung am effektivsten an? Wie können wir die Mitarbeitenden ins Boot holen und am Wandel beteiligen? Fragen, die die Projektleitenden Ralf Steiger von der Stabsstelle und Clarissa Doz, Leiterin des Referats Organisation, IT und Fortbildung zu Beginn besonders beschäftigten. Die Prämisse war klar: Die Digitalisierung muss so gestaltet sein, dass sie den Menschen dient – nicht umgekehrt.

Eine Umfrage unter den Mitarbeitenden brachte konkreten Aufschluss über Bedarfe, Anforderungen und Herausforderungen. „Das allumfassende Ziel war es, die Digitalisierung in ihrer Komplexität in den Blick zu nehmen und einen Fahrplan zu entwickeln, der sämtliche Bereiche nicht nur berücksichtigt, sondern miteinander vernetzt“, erklärt der stellvertretende Verbandsdirektor Dieter Steck. Das Ergebnis: eine Digitale Agenda. Darin sind bis zum Jahr 2025 Ziele, Strategien und Aufgaben konkret definiert. „Mit klaren Verantwortlichkeiten und einer breiten Beteiligung werden wir die Herausforderungen zusammen meistern. Wir betrachten die Veränderung als Chance, die wir aktiv gestalten können“, sagt Ralf Steiger.

Vier Handlungsfelder sind in der Agenda beschrieben: Digitale Infrastruktur, interne und externe Kommunikation sowie digitale Kompetenz. Sie sollen die Weichen für die Digitalisierung in den Dezernaten des Verbands stellen.

Ein ambitioniertes Vorhaben, das die Frage aufwirft, wie diese Veränderungen strukturell umgesetzt werden können. Die Steuerungsgruppe ist hierfür das zentrale Gremium. Sie diskutiert in einer interdisziplinären und fachbereichsübergreifenden Besetzung wichtige Themen des digitalen Wandels.

Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erfolgt schließlich über das Referat Organisation, IT und Fortbildung. „Über unser ‚Projekt- und Zeitmanagement Digitalisierung‘ steuern wir teamintern die verbandsweiten Aufgaben und verlieren nichts aus dem Blick“, sagt Referatsleiterin Clarissa Doz und ergänzt: „In der Digitalen Agenda haben wir beispielsweise festgelegt, die elektronische Akte in allen Referaten bis Ende 2025 einzuführen. Eine große Herausforderung. Deshalb ist Transparenz und Kommunikation für eine gute Umsetzung äußerst wichtig.“

Ralf Steiger / Julia Holzwarth

Im Dialog mit Nachwuchskräften

KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz referierte Ende 2021 an der Hochschule Ravensburg-Weingarten bei Studierenden des Masterstudiengangs Management im Sozial- und Gesundheitswesen. In ihrem Vortrag stellte Schwarz wichtige sozialpolitische Themenfelder schlaglichtartig vor und trat in den Dialog mit den Nachwuchskräften: „Der Austausch zwischen Studierenden und der Fachpraxis ist jetzt besonders wichtig. Wir alle stehen vor der großen Herausforderung, auch weiterhin bedarfsgerechte Leistungssysteme in Baden-Württemberg vorzuhalten. Deshalb ist mir der Austausch mit den

Fach- und Führungskräften von morgen ein besonderes Anliegen“, so Schwarz. Wie kann die Pflege zukunftssicher ausgestaltet werden? Wie kann Teilhabe von Menschen mit Behinderung gelingen? Haben wir den Kinderschutz ausreichend im Blick? Um diese und weitere Fragen drehten sich die regen Diskussionen. Dabei wurden zentrale Herausforderungen aufgezeigt, überregionale Perspektiven und Lösungsansätze erörtert und schließlich die Rolle der Kommune diskutiert. Kristin Schwarz nutzte zudem die Gelegenheit, das breite Aufgabenspektrum des KVJS vorzustellen.

Ralf Steiger

KVJS-Bildungszentrum: Erfolgreiche Abschlüsse trotz Corona

Sicherlich waren es besondere Bedingungen, unter denen die Prüflinge an den Fachschulen des KVJS-Bildungszentrums gelernt hatten. „Umso stolzer bin ich auf die Erfolge der Absolventinnen und Absolventen“, sagt Schulleiterin Nathalie Lichy.

2021 hatten insgesamt 113 Kandidaten ihre Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt – davon waren 22 aus dem Bereich Arbeits- und Berufsförderung (gFAB), 24 aus dem Bereich Heilerziehungspflege, zehn aus dem Bereich Heilpädagogik und 57 aus dem Bereich Jugend- und Heimerziehung.

Dank des großartigen Einsatzes der Dozentinnen und Dozenten, die sich mit Beginn der Pandemie sehr schnell auf digitale Unterrichtsformate umgestellt hatten, konnten weitgehend alle Unterrichtsinhalte planmäßig vermittelt werden.

Ulrike von Siegroth



Die Absolventinnen und Absolventen des Kurses HEP 12, Bereich Heilerziehungspflege, freuen sich über ihren Abschluss.
© Julia Duttenhofer

Gemeinsame Wege. Gemeinsame Ziele.

Spitzengespräch zwischen KVJS und Bundesagentur für Arbeit

Zwischen dem KVJS und der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit bestehen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Um neue Kooperationen anzugehen und das Zusammenwirken zu stärken, fand im November 2021 ein offener und konstruktiver Austausch statt.

„Auf unserem Weg, Fachkräfte für Baden-Württemberg zu gewinnen und zu sichern, suchen wir Verbündete, die das Problem des Fachkräftemangels gemeinsam mit uns angehen und Lösungen finden wollen“, unterstrich Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg (LAGÖFW) konnte unter dem Vorsitz der KVJS-Verbandsdirektorin bereits Verbündete akquirieren. Die Zusammenarbeit mit der Dualen Hochschule und dem Fakultätentag Gesundheitswesen

Baden-Württemberg ist ein wichtiger Schritt, doch reiche dies nicht aus: „Nur mit gebündelter Kraft aller Akteure im Land kann die drastische Situation aufgezeigt und die neue Landesregierung zum Handeln bewegt werden“, so Schwarz weiter.

Es sei höchste Zeit, hinreichend Fach- und Assistenzkräfte für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie pflege- und hilfsbedürftigen Menschen auszubilden oder ihnen Studienmöglichkeiten anzubieten, betonte Gerald Häcker, Dezernent des KVJS-Landesjugendamtes. Zudem sei notwendig, sie durch angemessene Arbeitsbedingungen perspektivisch im Beruf zu halten. In diesem Zusammenhang stellte er auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche dar.

Konkrete Ideen im Impulspapier

Derzeit erarbeitet die LAGÖFW daher ein Impulspapier. Hierzu wurde eine Redaktionsgruppe ins Leben gerufen, die Ideen und Vorschläge sammelt und mögliche Lösungswege aufzeigt. „Als Verbandsdirektorin des KVJS und als Vorsitzende der LAGÖFW sehe ich es als meine Aufgabe, dieses Thema zu forcieren“, erklärte Schwarz gegenüber den Beteiligten. Verschiedene Modelle des Direkteinstiegs, Programme zur Sprachförderung und Weiterqualifizierung sind nur einige der zahlreichen Ideen, die die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eingebracht hat.

Die Führungskräfte diskutierten zudem Möglichkeiten der Finanzierung und Angebote seitens der Bundesagentur im Hinblick auf das virtuelle Angebot des Welcome Centers Sozialwirtschaft (WCS). Christian Rauch, Leiter der Regionaldirektion, verwies auf die mittlerweile bestehenden Vermittlungsabsprachen, die in der Sozialwirtschaft zur Fachkräftegewinnung im Ausland bestehen.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Die zunächst uneinheitliche Praxis der Agenturen im Reha-Bereich im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Diese habe sich deutlich verbessert und es bestehe mittlerweile eine gute Kooperation, resümierte Dezernent Karl-Friedrich Ernst vom KVJS-Integrationsamt. Für alle Gesprächspartner war klar: Die bisher gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit soll fortgeführt werden. „Denn die wirklichen Probleme können wir eben nur gemeinsam lösen“, schloss Rauch die Gesprächsrunde ab.

Nicole Henninger / Julia Holzwarth

Von Augensteuerung bis Zeitungslektüre

Habila untersucht in 14 Studien, wie Technik das Leben erleichtert

Neue Technik sinnvoll einsetzen, um Teilhabe und Lebensqualität zu verbessern: Das ist das Ziel des Habila-Projekts QUARTETT.



Einen eigenen Hausschlüssel zu besitzen, mit dem man jederzeit in seine Wohnung kommt und darüber bestimmen kann, wer sonst noch Zutritt hat, ist für Menschen ohne Behinderung selbstverständlich. Aber was tun, wenn man wegen motorischer Einschränkungen Probleme damit hat und vielleicht auch Hilfe anderer benötigt, wenn man aus eigener Kraft das Bett nicht verlassen kann? Für einen Klienten der Habila bedeutete das bisher, dass er die Tür zu seiner Wohnung mit einer Schlüsselverlängerung öffnen musste, die regelmäßig abbrach. Und die Menschen, die helfen wollten, brauchten eigene Schlüssel. Im Rahmen von QUARTETT wurde in einer Fallstudie nach besseren Lösungen gesucht.

Eine erste Idee war eine komplett elektronische Türöffnung. Doch bei einem Stromausfall wäre die Not dann noch größer. Deshalb entschied sich ein Klient für ein elektronisches Türschloss, das per Bluetooth-Fernbedienung bedient wird. Dieses „intelligente Türschloss“ wird an der Innenseite der Wohnungstür angebracht und kann bei Bedarf auch vom Bett aus bedient werden. Es ersetzt den klassischen Schlüssel. Im Notfall lässt sich die Tür aber immer noch mit einem Schlüssel öffnen.

In der Fallstudie zum Messengerdienst wurden verschiedene Kriterien aufgestellt, die ein solches Kommunikationsprogramm für Textnachrichten erfüllen sollte. Drei Messenger wurden im Ambulant Betreuten Wohnen der Habila in Reutlingen und Markgröningen von Klienten und Mitarbeiterinnen getestet.

Messengerdienst erleichtert Kommunikation

Alessandro D'Anna ist einer der Mitwirkenden. Weil Lesen und Schreiben nicht zu seinen Stärken gehören, verschickt er gerne sogenannte Emojis oder Sprachnachrichten. So kann er beispielsweise nachfragen, wann eine Mitarbeiterin bei ihm vorbeikommt. „Bevor ich den Messenger hatte, habe ich immer angerufen und bin häufig bei der falschen Person rausgekommen“, erzählt er. „Jetzt erreiche ich sie immer, egal ob sie schon arbeitet oder ob sie erst später die Sprachnachricht abhört.“

Die Mehrheit der Anwender befand die App Signal als besonders nutzerfreundlich. Sie erfüllt auch die rechtlichen und formalen Vorgaben am besten. Auch Alessandro D'Anna gefällt sie: „Die Bedienung ist einfach, das kann man gut und



schnell lernen, wenn man etwas Hilfe bekommt.“ Es gehört zu den Grundsätzen von QUARTETT, dass bei der Auswahl der Technologien Klienten und deren Unterstützer beteiligt werden. So werden auch Probleme oder Schwierigkeiten in der Praxis sichtbar und an Technologieexperten weitergegeben.

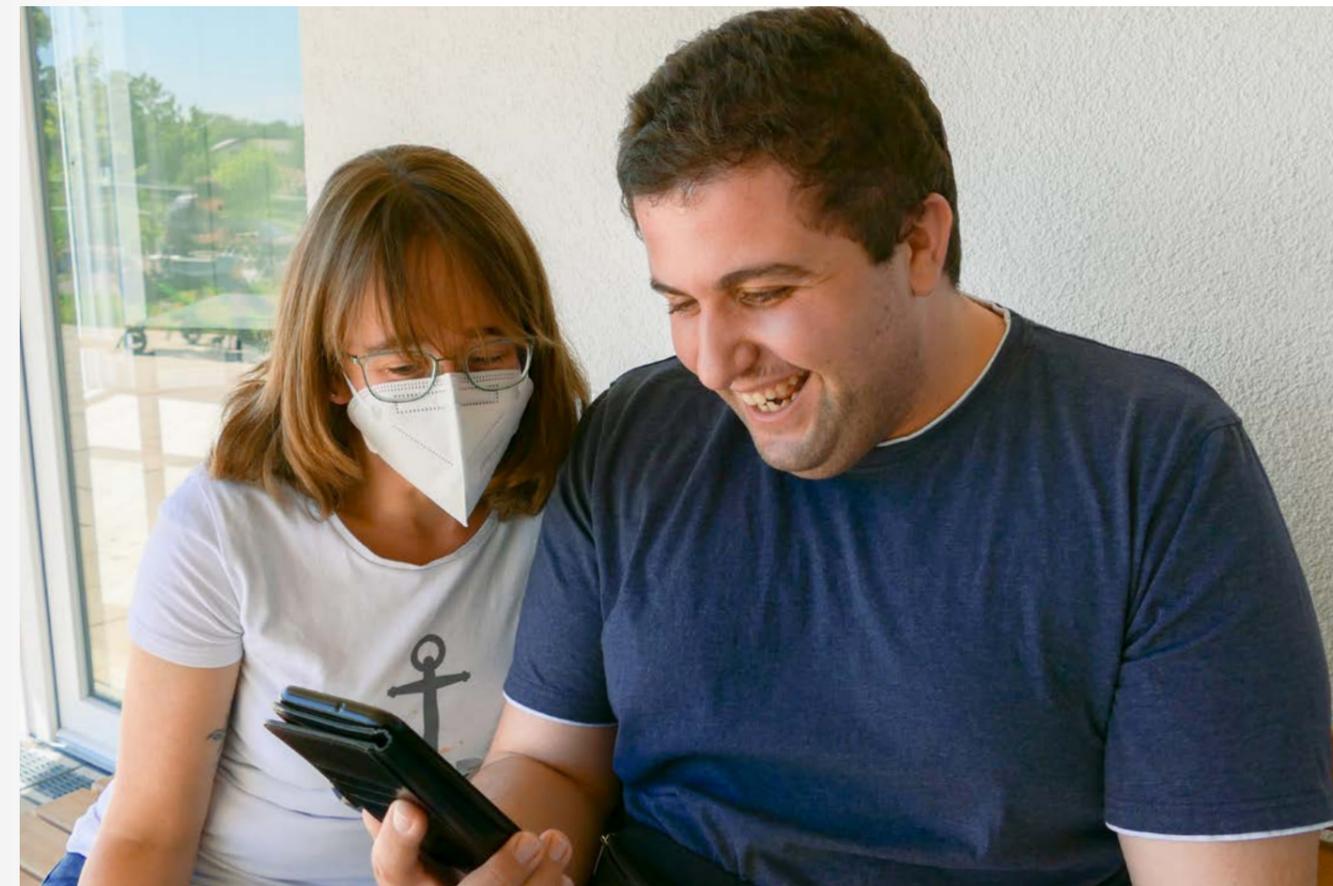
Projektergebnisse für alle verfügbar

Genau um solche Lösungen, die Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf durch den Einsatz innovativer Technik ein selbstständigeres und selbstbestimmtes Leben ermöglichen, geht es in insgesamt 14 Fallstudien bei QUARTETT. Denn der richtige Einsatz moderner Technologie führt zu mehr Möglichkeiten der Teilhabe.

Deshalb fördert das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg dieses Projekt, das die Habila in Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen und dem Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen (ZTM) auf den Weg gebracht hat und das noch bis Januar 2022 läuft. Der Titel QUARTETT setzt sich aus den Begriffen **Qu**artiersentwicklung, **Te**ilhabe, **Te**chneinsatz und **W**issens-Transfer zusammen.

Das im Projekt entstandene Wissen über den Einsatz innovativer Technik für mehr Teilhabe wird Bürgern und Fachpersonal öffentlich zur Verfügung gestellt. Durch die Aufbereitung in Leichter Sprache und durch Foto- und Videomaterial wird auch ein barrierefreier Zugang zu diesen Informationen gewährleistet.

Jennifer Widder / Patrizia Franz / Tobias Bonomini



Alessandro D'Anna kann mit der passenden App auch Emojis oder Sprachnachrichten verschicken und so mit den Habila-Mitarbeitern kommunizieren. © Habila

Weitere Fallstudien beschäftigen sich unter anderem mit diesen Themen:

- Ein GPS-basiertes Ortungssystem unterstützt den selbstbestimmten Aufenthalt im Sozialraum mit der Gewissheit auf Unterstützung im Bedarfsfall.
- Sprachausgabegeräte helfen, selbstbestimmte Entscheidungen zum Freizeitverhalten und für Aktivitäten im Sozialraum zu treffen.
- Einsatz, Erprobung und Auswertung von Video-Konferenzsystemen sowohl für die Beratung von Klienten und Klientinnen und Angehörigen als auch für die Zusammenarbeit in Teams der Habila und mit anderen Einrichtungen.
- Automatische Herdüberwachung zur Vorbereitung einer eigenständigen Haushaltsführung.
- Ein für den Rollstuhl modifizierter Fahrradanhänger ermöglicht die selbstständige Teilnahme an Proben und Aufführungen eines Posaunen-Chores.
- Erkennung von epileptischen Anfällen und Stürzen mit automatischer Notruf-Auslösung.

- Umfeldsteuerung durch Technologien (z.B. Auslösen des Rufsystems, Lichtsteuerung, Jalousiesteuerung) für Personen mit körperlichen Einschränkungen.
- Einsatz von Technologien der Unterstützten Kommunikation (z.B. Talker, Augensteuerung, Blickrahmen) an mehreren Standorten der Habila.
- Einsatz eines Blattwendegerätes zum selbstständigen Lesen von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften.

INFO

Wenn Sie sich eingehender über die Themen des Projekts QUARTETT informieren möchten, besuchen Sie die Internetseite www.habila.de/quartett/. Alle Studien und Inhalte werden bis zum Projektende aufbereitet und können dann von dieser Webseite abgerufen werden.

Bundesteilhabepreis: 1. Platz für Quartett

Das KVJS-Tochterunternehmen Habila ist für sein Projekt „Quartett“ zum Einsatz innovativer Technik im Alltag von Menschen mit Behinderungen mit dem Bundesteilhabepreis ausgezeichnet worden. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil würdigte das Projekt bei der digitalen Preisverleihung mit den Worten: „So sieht es aus, wenn technologischer und sozialer Fortschritt vereint werden.“ Der erste Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Das Preisgeld kommt der weiteren Arbeit zugute. Mit dem Bundesteilhabepreis zeichnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit 2019 Modellprojekte aus, die vorbildlich für den inklusiven Sozialraum sind und in Kommunen oder Regionen zur Nachahmung anregen.

In diesem Jahr stand die Ausschreibung durch die Bundesfachstelle Barrierefreiheit im Rahmen der „Initiative Sozialraum Inklusiv“ (ISI) unter dem Motto „Unterstützung, Assistenz, Pflege – gesellschaftliche Teilhabe auch in Corona-Zeiten“. Insgesamt 88 innovative Projekte aus ganz Deutschland hatten sich um den Preis beworben.

Monika Kleusch



Bundesteilhabepreis



Bunte Mischung: Wildblumenwiese und Kunst im Kulturpark. © Susanne Hopf / Maïke Geier

Erkundungsreisen in Lebensräume

Noch mehr Vielfalt im Kulturpark Reutlingen-Nord

Ein barrierefreier Bauerngarten, ein Mandala-Blumengarten und eine neue Kunststipendiatin: Im Kulturpark in Rappertshofen gibt es viel Neues zu entdecken.

Im zurückliegenden Jahr war Ghaku Okazaki der „Artist in Residence“ im Habila-Kulturpark Reutlingen-Nord. Er verabschiedete sich mit einem dreidimensionalen „Mandala-Blumengarten“. Fünf großformatige Betonfiguren platzierte er für dieses Projekt auf einer Blumeninsel. „Sie zeigen die farbenfrohe utopische Lebensvielfalt“, sagt der Künstler.

Damit stünden sie auch für einen positiven Blick auf die Verschiedenheit von Menschen mit diversen Identitäten, Geschlechtern und körperlichen oder geistigen Unterschiedlichkeiten. Imke Kannegießer, künstlerische Leiterin und Geschäftsführerin des Kunstvereins Reutlingen, würdigte die Werke bei der Präsentation als „Möglichkeitenräume, über die kleinen und ganz großen Themen nachzudenken, über ein Miteinander auf der Welt, und das weder verbissen noch albern, sondern mit Leichtigkeit, Witz und Geist“. Am selben Tag wurde der barrierefreie und inklusive Bauerngarten im Kulturpark der Öffentlichkeit übergeben. Dank zahlreicher kleiner und größerer Sponsoren ist in Kooperation mit der Reutlinger Firma Garten- und Landschaftsbau Lutz+Riepert ein Wohlfühl-Ort für alle entstanden, der eignes Bio-Gemüse für die Kochgruppen in Rappertshofen liefert und Insekten eine Nahrungsquelle bietet. Der Bauerngarten ist ebenso wie die Mandala-Skulpturen, die Tiergehege und das Café für Besucher des Kultur-

parks Reutlingen-Nord zugänglich. Dabei kann man mit etwas Glück auch die neue Kunststipendiatin treffen.

Maïke Geier ist neue Kunststipendiatin

Für ein Jahr ist Maïke Geier im Atelier im Kulturpark tätig. Sie studierte Kunsttherapie und schloss das Studium mit ihrer Bachelorarbeit zum Thema „Wirkungsraum und Raumwirkung“ im März 2021 ab. Dafür beschäftigte sie sich damit, wie das Gefühl des Zuhause-seins entsteht, was es für Menschen bedeutet und welche Bedürfnisse und Wünsche sie mit diesem Wort verbinden. Dabei arbeitet sie mit Rauminstallationen, Videoinstallationen und Performances, die den Betrachtenden zur Interaktion und Mitgestaltung auffordern.

Für ihre künstlerischen Angebote in Rappertshofen hat sie die dazu passenden Ideen. Sie möchte alle Interessierten auf eine Erkundungsreise in deren eigene Lebensräume mitnehmen und mit ihnen das Gefühl des Zuhause-seins erforschen. So könnte etwa ein interaktives Kunstwerk entstehen. Als Angebote für das „offene Atelier“ kann sie sich Arbeiten mit Filzwolle und Farben vorstellen: „Ich wünsche mir ein gemeinsames, kreatives Gestalten, um miteinander voneinander zu lernen. Ich freue mich, alle auf eine künstlerische Reise mitzunehmen.“

Claudia Preiß / Stephan Gokeler

Das Ziel fest vor Augen

Aktueller Stand zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und die Umsetzung des Landesrahmenvertrags beschäftigen die kommunale Familie intensiv. Eine Mammutaufgabe, die an vielen Stellen bereits angepackt wurde – und den Akteuren doch noch einiges abverlangt.

Die Umsetzung des Landesrahmenvertrags SGB IX kommt in kleinen Etappen voran. An vielen Stellen müssen konkrete Vorgehensweisen für die Praxis erarbeitet werden. Zudem fehlt eine übereinstimmende Linie bei der angestrebten einheitlichen Leistungs- und Vergütungssystematik. Die Phase für eine landesweite Umstellung wurde zudem um zwei Jahre verlängert.

Einheitlichkeit entscheidend

„Alle Akteure müssen noch stärker an einem Strang ziehen, damit die notwendigen Schritte nach vorn gegangen werden können“, appelliert KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „2022 wird das Hauptaugenmerk darauf liegen, die landeseinheitliche Umsetzung des BTHG weiter zu forcieren und die Zahl der Verhandlungen deutlich zu erhöhen“, so Schwarz weiter. Eine einheitliche Rahmung ist notwendig, um vergleichbare Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg zu erreichen. Der KVJS setzt sich zusammen mit den kommunalen Landesverbänden dafür ein.

Dazu finden zahlreiche Gespräche auf Landesebene mit den Spitzenverbänden der Leistungserbringer und im Rahmen der Vertragskommission zur Umsetzung des Landesrahmenvertrages statt. Eine weitere Herausforderung im neuen Jahr ist der Schritt vom Bedarf zur Leistung. Der KVJS unterstützt die Kreise auf diesem Weg mit einem breit aufgestellten Team aus dem Dezernat Soziales, dem Integrationsamt und dem Medizinisch-Pädagogischen Dienst (MPD).

Finanzverhandlungen laufen

Zudem sind die Finanzverhandlungen in vollem Gange. Ein wichtiges Etappenziel konnte Ende 2019 mit der geeinten Vereinbarung über die Ausgleichszahlungen für den BTHG-bedingten Mehraufwand erreicht werden. Jetzt heißt es, für die noch zu klärenden Themen gemeinsam praktikable Lösungen zu finden. Beispielsweise betrifft dies die Einigung mit dem Land über die Höhe der Abschläge für 2022 sowie im Rahmen der Nachweisführung zu den Mehrkosten.

Kompetenzzentrum im Aufschwung

Rückenwind erfährt das Kompetenzzentrum Bedarfsermittlung beim KVJS. Mit einem starken Schwerpunkt beim MPD wird dieses sukzessive weiter umgesetzt. Zu den Angeboten zählen eine kommunale Qualitätskonferenz auf Landesebene sowie regionale Qualitätszirkel zur Bedarfsermittlung. „Dadurch können Qualitätsmerkmale bei der Bedarfsermittlung entwickelt und umgesetzt werden, die den Teilhabemanagern vor Ort einen geeigneten Rahmen für die Gespräche geben“, erklärt Alina Greiner, stellvertretende Leiterin des

MPD. Zudem wird das landesweite Forum Bedarfsermittlung für Vertreter der Leistungsberechtigten, Leistungsträger und Leistungserbringer voraussichtlich im Sommer dieses Jahres stattfinden. Das Angebot konzipiert der KVJS gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg (LAGÖFW) sowie der Landesbehindertenbeauftragten.

Gewusst wie!

Die Veranstaltungen des KVJS im Rahmen der Qualifizierungsoffensive kommen bei den Fachkräften der Stadt- und Landkreise bereits sehr gut an. Um ihnen noch bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen, werden die Fortbildungen weiterentwickelt und zielgruppengerecht aufbereitet. Neu im Portfolio sind Erfahrungsaustausche für die Stadt- und Landkreise zu bestimmten Aufgaben und Fragestellungen. Der KVJS organisiert, moderiert und dokumentiert die digitalen Veranstaltungen. Fragen, Ideen und Lösungen können so gebündelt und für alle Kreise zentral zugänglich diskutiert und beantwortet werden.

Julia Holzwarth

Stein für Stein zu mehr bedarfsgerechten Hilfen

Finaler gemeinsamer Blick auf Projekte der Wohnungslosenhilfe

Reflexion und Austausch stand im Zentrum des Treffens zur Neue Bausteine-Reihe der Wohnungslosenhilfe. Die Stadtkreise Ulm, Baden-Baden und Freiburg berichteten über den aktuellen Stand der letzten Projektphase und über weitere Pläne vor Ort.



Gemeinsamer Blick auf die letzten drei Projektjahre beim KVJS. © Julia Holzwarth

„Die Zeit, in der Sie Ihre Projekte auf den Weg gebracht und begleitet haben, war besonders herausfordernd. Dennoch haben Sie passende Wege gefunden und Ihre Vorhaben mit enormer Flexibilität vorangetrieben“, dankte KVJS-Referatsleiterin Julia Lindenmaier den Projektkoordinatoren. 2019 startete die fünfte Phase der Neuen Bausteine und fiel damit zum Großteil in die Pandemie-Zeit. Der Förderschwerpunkt der auf drei Jahre ausgelegten Projekte lag auf der Entwicklung bedarfsgerechter Hilfsangebote für Personen in ordnungsrechtlicher Unterbringung. Beim Treffen im September 2021 zogen Professorin Elke Schierer und Lara Hein von der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg ein wissenschaftliches Resümee.

Die Stadt Baden-Baden hat sich im Zuge ihres Projekts „Baden bietet – Baden mietet“ die Wohnraumakquise auf die Fahne geschrieben. Um Vermieter zu gewinnen, die ihren Wohnraum an die Personengruppe vermieten wollen, entwickelten die Beteiligten Anreizsysteme. Die Maßnahmen, wie beispielsweise eine Mieterqualifizierung, sollen im Frühjahr 2022 weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Um für das Projekt Aufmerksamkeit zu erzeugen, produzierte die Stadt Baden-Baden gemeinsam mit der Kunstakademie Stuttgart Animationsfilme für die Öffentlichkeitsarbeit. In den Videos geht es unter anderem um die Entstigmatisierung von wohnungslosen Menschen und um Hintergrundwissen zu Wohnungslosigkeit.

Tag des neuen Kennenlernens

Die Stadt Ulm entwickelte ein niederschwelliges, aufsuchendes Beratungsangebot für wohnungslose Menschen in ordnungsrechtlicher Unterbringung am Beispiel eines neuen Notfallwohnens. Besonderes Anliegen war es, die Angebote individuell sozialraumorientiert zu planen und die Zielgruppe bei diesem Prozess zu beteiligen.

PASST für Wohnungslose

Psychiatrisch, aufsuchend, selbstbestimmt, sozial, teilhabend – hinter diesen Schlagworten verbirgt sich das Modellprojekt der Stadt Freiburg. Es richtet sich an Personen mit einer psychischen Erkrankung, die von der Stadt Freiburg ordnungsrechtlich untergebracht sind. Begleitet wurden die Menschen vom Sozialpsychiatrischen Dienst, dessen Beziehungsarbeit besonders in der Corona-Zeit von hoher Relevanz war.

Im Mittelpunkt des Neue-Bausteine-Projekts stand die Versorgungslücke zwischen der Eingliederungshilfe und Hilfen nach Paragraf 67 im zwölften Sozialgesetzbuch zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Ziel war es, diese Lücke zu schließen und eine enge Vernetzung zwischen den Fachabteilungen herzustellen. Eine Gesamtnetzwerkanalyse der Abteilungen Wohnungslosenhilfe und Eingliederungshilfe sowie des freien Trägers ermittelte, wie die Zusammenarbeit und Kommunikation verbessert werden kann. In diesem Zuge sind Empfehlungen zum Ausbau des Netzwerks, zu einer gemeinsamen Datenbank und Stärkung der Kooperation entstanden.

Um ein zielgruppengerechtes Angebot zu schaffen, wurde eine Vor-Ort-Konzeptplanung entwickelt und ein Rahmenkonzept erstellt. Zudem hat die Stadt Ulm gemeinsam mit Studierenden eine Befragung durchgeführt. Die Ergebnisse gaben Aufschluss über die Lebenslagen der Menschen und lieferten Informationen zu konkreten Bedürfnissen. Darauf aufbauend entstand die Idee, den Tag des neuen Kennenlernens ins Leben zu rufen. Ein gemeinsames Abendessen soll den Rahmen für erste Kontaktaufnahme und Austausch bilden.

Der wissenschaftliche Abschlussbericht wird demnächst erscheinen und im Rahmen des Fachtags „Kommunales Forum Wohnungsnotfallhilfe“ vorgestellt. Als besonderen Dank für den engagierten Einsatz überreichte KVJS-Projektleiterin Irmgard Fischer-Orthwein den Kreisen einen „Goldenen Baustein“ der Wohnungslosenhilfe.

Es wird weiter gebaut

Im Jahr 2023 wird voraussichtlich die sechste Phase der Neuen Bausteine eingeläutet. Für die Förderung von Praxisprojekten in der Wohnungslosenhilfe stellt der Verband seit 2013 Haushaltsmittel zur Verfügung. Seit 2008 werden zudem Projekte im Rahmen der Eingliederungshilfe finanziell unterstützt. „Wir freuen uns über die Möglichkeit, Projekte wie diese damit zu unterstützen. Es sind schon viele neue Konzepte aus den Neuen Bausteinen erwachsen, die sich auch längerfristig vor Ort umsetzen lassen“, resümierte Julia Lindenmaier.

Julia Holzwarth



Die aktuelle Projektphase in der Wohnungslosenhilfe wurde am 31. Dezember 2021 beendet. Zum Abschluss erhielten die Beteiligten einen „Goldenen Baustein“ und viel Lob vom KVJS. © Julia Holzwarth

KVJS begrüßt BAGüS-Fachausschuss in Stuttgart

Herbstsitzung fand erstmals wieder in Präsenz statt

Der BAGüS-Fachausschuss I, der sich insbesondere mit den Themen Schulbildung und soziale Teilhabe befasst, tagte im Oktober in Stuttgart. Im Fokus stand der Austausch zu fachlichen und finanziellen Fragen in der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe.



Kristin Schwarz eröffnet den BAGüS-Fachausschuss.
© Julia Holzwarth

KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz zeigte sich erfreut darüber, dass ein Treffen in Präsenz nach langer Zeit wieder möglich ist: „Dieser Fachausschuss befasst sich mit einem sehr spannenden und dynamischen Arbeitsfeld, das viele Herausforderungen für die Zukunft bereithält. Umso wichtiger ist es, in den persönlichen Austausch zu treten und all die Themen gemeinsam anzupacken, die der Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung dienen.“ Zweimal jährlich trifft sich das Gremium der Bundearbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS). Es berät über zentrale Themen, die die Träger bundesweit derzeit besonders bewegen.

Ganz oben auf der Tagesordnung stand ein Dauerbrenner: Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und dessen konkrete Umsetzung. Die Mitglieder berichteten über Herausforderungen bei der Einführung der neuen Leistungs- und Vergütungs-

systematik und tauschten sich über den aktuellen Stand bei der Anwendung des Bedarfsermittlungsinstrumentes aus. Dezernent Frank Stahl und Referatsleiterin Julia Lindenmaier vom Dezernat Soziales des KVJS brachten zudem eigene Aspekte ein, wie beispielsweise das Erstattungsverfahren auf Landesebene bei den BTHG-bedingten Mehrkosten.

Weiter befassten sich die Gremienmitglieder mit der neuen gesetzlichen Vorgabe zur Begleitung von Menschen mit Behinderung durch vertraute Personen im Krankenhaus. Auch die Sinnesbehinderung Taubblindheit stand auf der Agenda: In Deutschland sind geschätzt etwa 9.000 Menschen davon betroffen. Die Organisation und Finanzierung erforderlicher Assistenzleistungen dieser Personengruppe ist mit Herausforderungen verbunden. Um gemeinsam in den Dialog zu treten, referierten Interessenvertreter, die zum Teil selbst von Taubblindheit betroffen sind, zu der Thematik und traten anschließend in den gemeinsamen Austausch mit dem Fachausschuss.

Julia Holzwarth

INFO

In der BAGüS sind die 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe vertreten. Je nach Landesrecht sind dies entweder die Bundesländer oder höhere Kommunalverbände wie der KVJS, die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland, der Landeswohlfahrtsverband Hessen und der Kommunale Sozialverband Sachsen.

Attraktiver Auftritt: FaWo mit neuer Internetseite

Die Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo) hat ihre Homepage neu lanciert. Unter www.fawo-bw.de sind Interessierte, Träger, Kommunen und die Wohnungswirtschaft willkommen.

Die neu gestaltete Internetseite bietet übersichtlich aufbereitete Informationen: Eine interaktive Landkreis-Karte erleichtert die Suche nach bestehenden Wohngemeinschaften. Daneben hält die Website aktuelle Veranstaltungshinweise bereit und präsentiert vielfältige Broschüren im Download-Bereich.

Die FaWo ist als Kompetenzzentrum beim KVJS angesiedelt. Seit 2014 informiert und berät die Fachstelle zu innovativen Wohnformen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sowie für Menschen mit Behinderungen.

Ulrike von Siegroth



Startschuss für neue GPV-Dokumentation

Mit der Dokumentation Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) bietet der KVJS ein Instrument zur kommunalen Sozialplanung und Koordination psychiatrischer Unterstützungsangebote an.

Kürzlich fiel der Startschuss für die nächste Erhebung des Gemeinschaftsprojekts von KVJS, Städte- und Landkreistag. Im Rahmen eines Begleitarbeitskreises entwickelte der Verband gemeinsam mit Psychiatrieplanenden aus vier Stadt- und Landkreisen das neue GPV-Kurzprofil für die Jahre 2021 und 2022. Dieses dient zum einen als Erhebungsbogen. Zum anderen wird es durch

den KVJS um weitere Informationen und Daten ergänzt und den Planenden anschließend als eine Art Steckbrief der kreisspezifischen (gemeinde-)psychiatrischen Strukturen zur Verfügung gestellt.

Letztes Jahr war die Nachfrage nach Kreistransfers zur GPV-Dokumentation und der Expertise des KVJS besonders groß. 13 Stadt- und Landkreise erhielten differenzierte kreisspezifische Auswertungen für ihre GPV-Steuerungsgremien oder Psychiatrie-Arbeitskreise. Die vor Ort oder vermehrt online präsentierten Ergebnisse wurden dabei in einen landesweiten Kontext eingeordnet.

Gerrit Grünes / Monika Wegner

„Sehr hilfreich für inklusives Arbeiten“

Modellprojekt mit KVJS: Mitarbeiter mit Autismus bei SAP

Seit 2013 beschäftigt die Firma SAP gezielt Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung. Das Programm „Autism @ Work“ ging weltweit durch die Medien, nun wurde der Abschlussbericht vorgelegt.

Die Medienresonanz war riesig, als SAP 2013 ankündigte, dass längerfristig ein Prozent der Mitarbeitenden aus dem Autismus-Spektrum kommen sollten. Heute, acht Jahre später, ist klar, dass diese Zahl so schnell nicht zu erreichen sein wird. Allerdings wurde durch das Programm „Autism @ Work“ eine gute Grundlage gelegt, um Menschen mit Autismus bei SAP nachhaltig und in einem für alle Beteiligten gewinnbringenden Maße zu beschäftigen. Heute arbeiten bei SAP in Walldorf zirka 50 Mitarbeiter mit Autismus, weltweit sind es etwa 200. Dahin war es ein weiter Weg, den viele Beteiligte zusammen gegangen sind.

Hohe Erwartungen

Der bis 2020 zuständige Projektleiter Marco Fien blickt auf das Projekt zurück, das er selbst dreieinhalb Jahre begleitete. Zu Beginn seien, so Fien, die Erwartungen sehr hoch gewesen. Die Anzahl an Initiativbewerbungen in der ersten Bewerbungsphase sei überwältigend gewesen und das SAP-interne Wissen zu Menschen mit Autismus noch nicht so ausgeprägt. Deshalb habe es in der ersten „Welle“ an Einstellungen auch einigen Anpassungsbedarf gegeben.

Berthold Deusch, der beim KVJS-Integrationsamt das Referat „Teilhabe am Arbeitsleben“ leitet, war dann an diesen Anpassungen maßgeblich beteiligt. Er resümiert: „Die Idee, dass Menschen aus dem Autismus-Spektrum hochproduktiv, wie in einem Tunnel, Fehler in Software finden, ist natürlich reizvoll. So einfach war und ist es aber nicht.“ In der Folgezeit wurde das Projekt deshalb gemeinsam auf solide Füße gestellt.

Neben der Beratung durch das Integrationsamt wurden zwei Stellen beim Integrationsfachdienst in Heidelberg geschaffen. Eine der Mitarbeiterinnen ging bei SAP praktisch ein und aus, um den Mitarbeitenden und deren Vorgesetzten direkt vor Ort zur Seite zu stehen. Es wurde ein umfangreiches Betreuungsangebot aufgebaut, das die Vorgesetzten und Kolleginnen und Kollegen der Beschäftigten mit Autismus-Spektrum-Störung einbezog.

Heute vermitteln Teamtrainings, individuelle Beratungen und Coachings, wie alle Beteiligten mit den individuellen Herausforderungen der Beschäftigten umgehen können – denn bei Autismus ist das Spektrum sehr weit, wie schon der Fachbegriff „Autismus-Spektrum-Störung“ erläutert. Außerdem wurde die Recruiting-Strategie angepasst. Die jeweiligen Abteilungen werden vorher vorbereitet, es werden Kapazitäten geklärt, Vorgesetzte und Beschäftigte vorbereitet. Wenn der Bedarf und die Bereitschaft aus den Teams heraus formuliert wird, ist die Einarbeitung deutlich einfacher.

Modellcharakter

Finanziert wurde „Autism @ Work“ aus Mitteln der Ausgleichsabgabe, denn das Projekt hat Modellcharakter: SAP-intern werden die Kenntnisse nun auf andere Beeinträchtigungen übertragen. Außerdem profitieren andere Firmen in Deutschland vom gesammelten Know-how. Die enge Kooperation zwischen öffentlicher Hand und dem Konzern ist deutschlandweit einzigartig und hat deshalb Leuchtturmfunktion. Der Modellcharakter und die Strahlkraft des Projektes sind es auch,

was Berthold Deusch als möglicherweise größten Gewinn sieht. Durch die große Medienpräsenz habe das Projekt einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und sei, so Deusch „sehr hilfreich für inklusives Arbeiten.“

Schöne Nebeneffekte

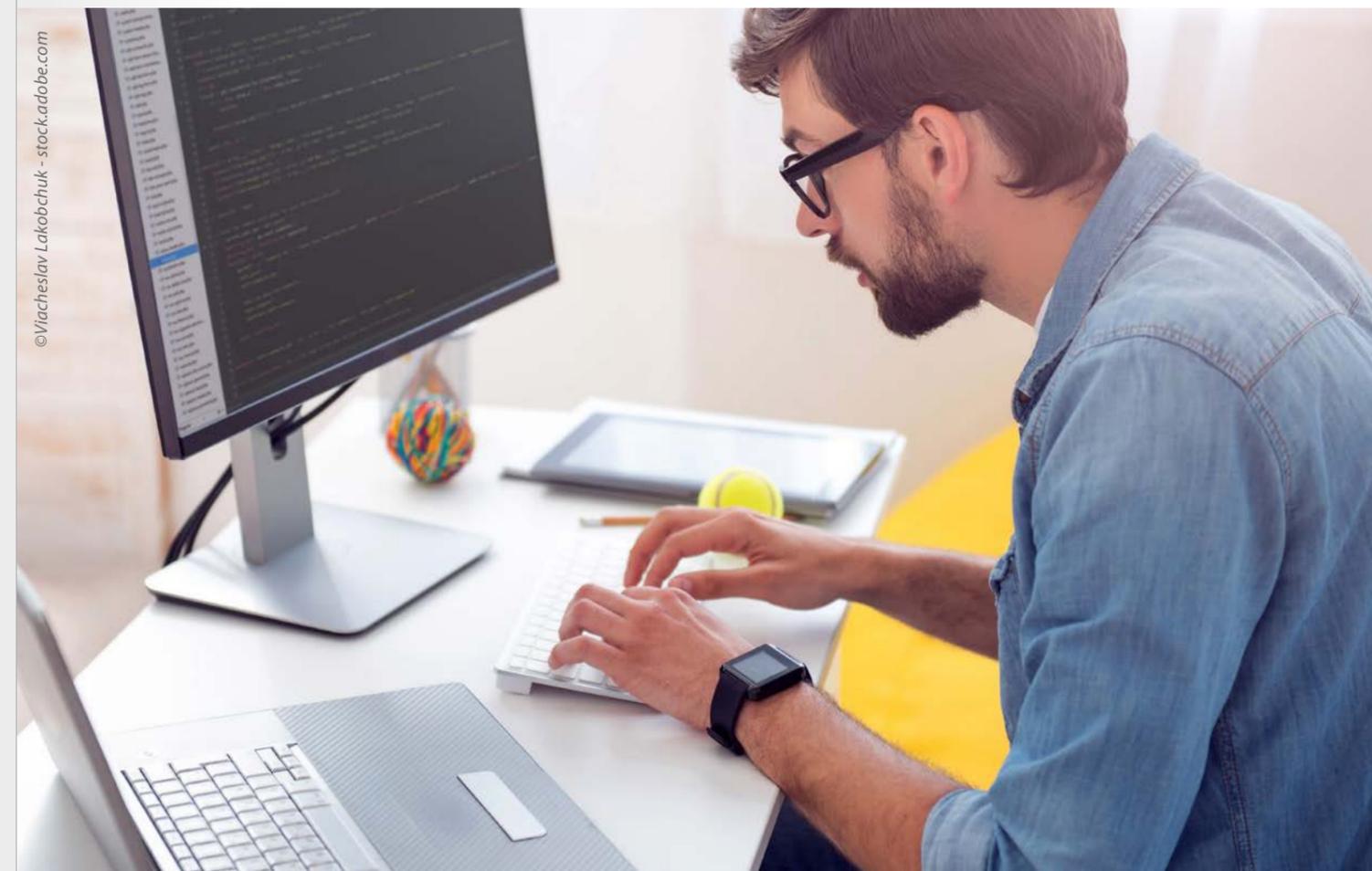
Ein besonders Ergebnis des Projektes: Die Mitarbeitenden sind bisher in besonders hoher Zahl bei SAP geblieben. In einer Branche, die vom Fachkräftemangel und vielen schnellen Wechseln geprägt ist, ist das bemerkenswert. Ein weiterer Effekt, den Projektleiter Fien hervorhebt: Mitarbeitende, die schon angestellt waren, outeten sich als Autisten. So konnte für sie das Arbeitsumfeld angenehmer gestaltet werden. Zuvor sei es für sie oft mit viel Anstrengung verbunden gewesen, im Arbeitsalltag zu „funktionieren“.

Autism @ Work ist nun ein fester Bestandteil des Recruitings von SAP und kein Projekt mehr. Berthold Deusch sieht es rückblickend so: „Die Idee wurde von der Naivität befreit und es ist ein sehr sinnvoller Ansatz entstanden“ – mit Strahlkraft für andere Branchen und Beeinträchtigungen.

Maren Zeidler

Autism @ Work im Internet

Die Initiative hat eine eigene Homepage, diese finden Sie unter sap.de > Career > Autism at Work www.sap.com/germany/about/careers/your-career/autism-at-work-program.html





Vertreter der Inklusionsunternehmen und des KVJS-Integrationsamtes trafen sich zur Standortbestimmung. © Monika Kleusch

Herausforderungen und Perspektiven

Fachtag des KVJS-Integrationsamts für Inklusionsunternehmen

Durch die Corona-Pandemie sind einige Inklusionsunternehmen in Baden-Württemberg in schwere See geraten. Doch keines ist untergegangen. Auch, weil das KVJS-Integrationsamt rechtzeitig gegengesteuert hat.

In ihrem Grußwort dankte Verbandsdirektorin Kristin Schwarz den Unternehmen für ihre engagierte Arbeit und betonte: „Sie ermöglichen es, dass Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt zusammenarbeiten können.“ Die Verbandsdirektorin wies zudem auf die schnelle und kompetente Umsetzung des Corona-Teilhabefonds für die Inklusionsunternehmen durch das KVJS-Integrationsamt hin.

Dezernent Karl-Friedrich Ernst versicherte den Vertretern der Inklusionsunternehmen, „dass Sie mit der verlässlichen und langfristigen Unterstützung durch das Integrationsamt rechnen können.“ Ernst lobte die Kreativität, mit der häufig auf die Corona-Krise reagiert wurde.

Während ein Drittel der 93 Inklusionsbetriebe in Baden-Württemberg durch die Corona-Regeln wirtschaftlich besonders hart getroffen wurde, war ein weiteres Drittel nicht oder nur mäßig

betroffen. Das letzte Drittel der Unternehmen konnte seinen Umsatz sogar steigern, indem sie rasch auf Produkte umstellten, die in der Pandemie besonders gefragt waren, etwa Masken oder Desinfektionsmittelspenden.

Wirtschaftlich tragfähig

„Insgesamt haben sich die Inklusionsbetriebe in der Krise als wirtschaftlich tragfähig erwiesen“, erklärt KVJS-Referatsleiter Bernhard Pflaum. „Das wurde auch dadurch erreicht, dass die laufenden Förderungen des KVJS-Integrationsamts während der Zeiten des Lockdowns zunächst für eine Übergangszeit ungekürzt weitergezahlt wurden.“

Die Pandemie hat vor allem gezeigt, dass Betriebe mit unterschiedlichen Geschäftsfeldern die Krise gut bewältigt haben, während die spezialisierten Unternehmen, insbesondere in den Geschäftsfeldern Gastronomie, Hotellerie und Gemeinschafts-

verpflegung erheblich zu kämpfen hatten, wie auch Jörg Schmidt-Rohr bekräftigte, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfirmen (IAG if).

Inzwischen gibt es mit 93 Firmen einen großen Bestand an Inklusionsbetrieben. Nun geht es um Zukunftssicherung. Viele Firmen stehen vor einem Generationenwechsel auf der Führungsebene. In den kommenden Jahren werden weitere Herausforderungen auf sie zukommen: Neben dem Fachkräftemangel sind es veränderte Rahmenbedingungen wie die Digitalisierung und die Individualisierung bei den angebotenen Produkten und Dienstleistungen.

Auf neue Herausforderungen einstellen

„Die Produkte werden komplexer, Losgrößen häufig kleiner, bei gleichzeitiger Zunahme an Varianten, die häufiger und schneller wechseln und damit ein hohes Maß an Flexibilität an die Betriebe stellen“, macht Bernhard Pflaum deut-

lich. „Der Unterschied zu erwerbswirtschaftlichen Unternehmen besteht darin, den Ausbau des Arbeitsplatzangebots zu priorisieren und nicht die Optimierung der Rendite.“ Dieser Umstand und die gemeinnützige Struktur führt immer wieder dazu, dass der Zugang zu Mitteln des Kapitalmarkts für Inklusionsunternehmen erschwert wird. „Wie geht es weiter mit der Finanzierung“, fragte auch IAG if-Sprecher Schmidt-Rohr und plädierte für eine langfristige finanzielle Förderung und eine Verpflichtungsermächtigung von Seiten des KVJS.

Im Moment diskutieren die Inklusionsunternehmen Personalentwicklungsmaßnahmen, interne und externe Qualifizierungen und Möglichkeiten der Unterstützung beim Recruiting. Auch bei der Markenentwicklung, Produkt- und Geschäftsfeldentwicklung stehen sie vor neuen Aufgaben. Damit sind die Inklusionsfirmen nach der erfolgreichen Aufbauphase nun in die Phase der Weiterentwicklung und Verstetigung ihrer Angebote eingetreten. Es bleibt spannend.

Monika Kleusch

Inklusionsunternehmen baut Frischmarkt mit Reichenau-Produkten

Das Konstanzer Inklusionsunternehmen INDIGO erweitert sein Geschäftsfeld: Derzeit entsteht auf der Reichenau, direkt beim Bahnhof, die Markthalle Reichenau zur Nahversorgung. Angeboten werden sollen lokale Produkte der nicht nur für ihre Kunstschätze, sondern auch für ihr Gemüse berühmten Insel.

In drei großen Bereichen werden Arbeitsplätze für Menschen mit und ohne Behinderung entstehen: Der Gemüsehalle, einem Selbstbedienungscafé

und einem angegliederten Fahrradausleihservice. Die Angebote zielen nicht nur auf die lokale Kundenschaft ab, sondern auch auf die jährlich mehr als 10 000 Besucher der UNESCO-Welterbestätte. Die Eröffnung von Frischemarkt, Café und Fahrradverleih ist für den Sommer 2022 geplant.

Projektpartner sind die Gemeinde Reichenau und die Gemüsegenossenschaft Reichenau. Unterstützung kommt vom KVJS, der Aktion Mensch sowie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Monika Kleusch

Ohne Carolin geht es nicht

(Film)Portrait einer engagierten jungen Frau

Sie war schon immer jemand, der sich gern um andere kümmert: Carolin Wetzel. Die junge Frau hat als Alltagsbegleiterin für eine Hausgemeinschaft von Senioren ihre Berufung gefunden.



Daumen hoch: Carolin Wetzel (3.v.li.) im Kollegenkreis und bei der Arbeit. © Uli Stöckle

Die Bewohner der Hausgemeinschaft Elztal-Dallau sind sich einig: Ohne Carolin geht es nicht! In dem Pflegezentrum der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Neckar-Odenwald leben 60 Senioren. Jeweils zwölf von ihnen bilden eine Hausgemeinschaft, die sich eine große moderne Wohnung teilen. Deren Mittelpunkt bildet eine große gemeinsame Küche mit Wohnbereich in der die Bewohner auch gerne mitwirken können.

„Möchten sie Quark? Saft oder Wasser?“ – Carolin Wetzel erfüllt den Bewohnern – fast – jeden Frühstückswunsch. Sie begleitet sie auf Spaziergänge, macht Spiele mit ihnen und sorgt mit ihrer



fürsorglichen Art für allgemeines Wohlbefinden. „Das wollte ich schon immer machen“, erklärt sie.

Die lernbehinderte junge Frau hatte schon geholfen, ihren Großvater zu pflegen. So kam die Idee auf, dass eine Aufgabe in der Altenpflege etwas für sie sein könnte. Das Programm „Arbeit inklusiv“ zur Förderung der beruflichen Inklusion half Carolin Wetzel dabei, erste Schritte auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu machen, statt die Werkstatt für behinderte Menschen zu besuchen.

Unterstützung vom Jobcoach

In die erst 2016 direkt am Dallauer Bahnhof eröffnete AWO-Hausgemeinschaft schnupperte Carolin Wetzel zunächst einmal als Praktikantin hinein, begleitet vom Integrationsfachdienst. Nach einem Langzeitpraktikum war klar: Das passt. Ein Jobcoach von der Johannes-Diakonie unterstützte Carolin Wetzel dabei, sich alles Nötige anzueignen, um am Ende zu einem festangestellten und allseits geschätzten Teammitglied zu werden. Wenn sie nach dem Wochenende wieder zur Arbeit kommt, hört sie oft: „Ach das ist aber schön, dass sie wieder da sind.“

Pflegeheimleiterin Tanja Götziger lobt die Unbefangenheit, mit der Carolin Wetzel auch den alten Herrschaften mit Demenzerkrankung begegnet: „sehr offen und ohne Vorurteile.“ „Sie kommt mir vor wie ein Enkele, dass seine Omas und Opas

betreut“, beschreibt eine Kollegin. „Sie ist so ein hilfsbereiter, sozialer, netter Mensch.“ Carolin Wetzel gehört einfach dazu. Als unverzichtbarer Teil der AWO-Hausgemeinschaft Elztal-Dallau.

Monika Kleusch

Filmportrait über Carolin Wetzel

Über Carolin Wetzel gibt es einen kleinen Film in der Serie „Beschäftigung mit Handicap“. Lernen Sie die junge Frau und ihre unterschiedlichen Unterstützerinnen und Kollegen kennen – und nicht zuletzt die Hausgemeinschaft Elztal Dallau. Fünf Minuten, die sich lohnen!

Hier www.youtube.com/watch?v=cF94gBWKbBE geht es zum Film!

INFO

Auf dem Weg zum allgemeinen Arbeitsmarkt ...

... profitieren junge Menschen mit Behinderung von dem mehrstufigen Programm „Arbeit inklusiv“ zur Förderung der beruflichen Inklusion.

Alle Infos dazu auf der KVJS-Homepage: www.kvjs.de/behinderung-und-beruf/foerderung-der-beruflichen-inklusion

Empfehlungen zur Unterstützten Beschäftigung

„Erst platzieren, dann qualifizieren“, das ist das Motto der Unterstützten Beschäftigung, bei der Menschen mit Behinderungen vor Ort im Betrieb individuell qualifiziert werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) hat nun gemeinsame

Empfehlungen hierzu verabschiedet. Sie sind am 01. Oktober 2021 in Kraft getreten. Die Publikation kann als PDF-Datei über die BAR-Website kostenlos heruntergeladen werden. www.bar-frankfurt.de

Monika Kleusch



Kita-Kollaps muss verhindert werden

Neuer Einschulungstichtag: Der KVJS bezieht klar Stellung

Der Landesjugendhilfeausschuss hatte einmal mehr eine prall gefüllte Agenda. Brisantes Thema war die Vorverlegung des Einschulungstichtages. Der KVJS warnte vor den Konsequenzen – und formulierte einen eindringlichen Appell an die Politik.

Bei der Diskussion rund um aktuelle Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung kam der jüngste Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) um ein Thema nicht herum: Es ging um die Vorverlegung des Einschulungstichtages ab dem kommenden Jahr, wozu sich der KVJS deutlich positioniert hat. Ab dem Schuljahr 2022/2023 würden schließlich zahlreiche der sogenannten Kann-Kinder dann nicht mehr schulpflichtig werden und stattdessen in der Kita verbleiben. Dies bedeute im Umkehrschluss ein Fehlen von mehreren tausend Kita-Plätzen.

Belastungsgrenzen nicht überschreiten

Ganz konkret: Bis zu 9.000 Kita-Plätze würden landesweit benötigt, wenn der Stichtag um einen weiteren Geburtsmonat vorverlegt würde, so eine aktuelle Prognose des KVJS. „Aufgrund der Corona-Pandemie sind die Einrichtungen schon heute so stark belastet, dass zum Teil Betreuungszeiten reduziert werden müssen“, so Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „Wenn die Pandemiebedingungen aufgehoben werden, haben viele Mühe, den normalen Regelbetrieb wieder zu gewährleisten.“ Deshalb müsse zunächst gemeinsam mit

der Politik geschaut werden, wie man verlässlich zurück zu einem Normalbetrieb kommt. Erst dann können die Einrichtungen Vorbereitungen treffen, die zusätzlich in den Kitas verbleibenden Kinder verlässlich zu betreuen. Schließlich ist das auch eine Personalfrage.

Bereits heute stehen die Kreise vor der Herausforderung, den Rechtsanspruch auf Betreuung zu erfüllen. Laut der Bertelsmann-Studie benötigt Baden-Württemberg rund 41.000 zusätzliche Fachkräfte bis 2030 für die Betreuung von Kindern bis zum Schuleintritt. Kurzum: Der LJHA hat leider vergeblich an das Land appelliert, die beabsichtigte Vorverlegung des Einschulungstichtags vom 31. Juli auf den 30. Juni auszusetzen.

INFO Für Ihren Kalender!

Der Landesjugendhilfeausschuss tagt öffentlich und kommt mehrmals im Jahr zusammen. Die nächste Sitzung ist für den 6. April 2022 geplant. www.kvjs.de

Daneben hatte das Gremium auch dieses Mal wieder eine Reihe weiterer drängender Themen auf der Tagesordnung. Ganz vorn mit dabei: Corona und die Folgen für Kinder und Jugendliche. Genauer gesagt ging es hierbei um das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“, das

neben den Frühen Hilfen auch die Schulsozialarbeit und Offene Jugendarbeit berücksichtigt. Zu weiteren Sitzungsinhalten zählten unter anderem der Haushaltsplan 2022 für den Bereich der Jugendhilfe sowie die konzertierte Aktion zur Fachkräftesicherung in der Kinder- und Jugendhilfe.

Kristina Reisinger / Ulrike von Siegroth

FASD: Aufklärung und Unterstützung leisten

FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorder) umfasst durch mütterlichen Alkoholkonsum in der Schwangerschaft erworbene Behinderungen und Beeinträchtigungen des Kindes. Darunter fallen kognitive, psychische und physische Störungen.

Mit „FASD-Hilfe“ fand nun ein Modellvorhaben seinen Abschluss, das vom KVJS gefördert und von der FAZIT-Gesellschaft für lösungsorientierte Jugendhilfe mbH realisiert wurde. Das Projekt klärte in Seminaren und Vorträgen über fetale Alkohol-Spektrums-Störungen auf. Zudem wurden Hilfsangebote für Betroffene sowie deren

Angehörige und Fachkräfte konzipiert – mittels Beratung und Supervision. Mehr im Abschlussbericht: www.kvjs.de/Jugend/Modellvorhaben

Ulrike von Siegroth

Tipp

Das Landesjugendamt veranstaltet am 27. Juli 2022 einen FASD-Fachtag in Stuttgart. Zielgruppe sind Fachkräfte aus den Bereichen ambulante und stationäre Hilfe zur Erziehung, Allgemeiner Sozialdienst, Frühe Hilfen, Kindertageseinrichtungen, Pflegekinderwesen, Adoptionsvermittlung und Jugendgerichtshilfe. www.kvjs.de

Mehr Beteiligung für mehr Qualität

Das Projekt „Die Stimme der Adressat*innen“ fand als vom KVJS gefördertes Modellvorhaben kürzlich seinen Abschluss. Durchgeführt wurde es vom Jugendamt Böblingen in Kooperation mit freien Trägern im Kreis und unter wissenschaftlicher Begleitung des Instituts für Erziehungswissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Das Vorhaben ging der Frage nach, welche Wirkung der Kinder- und Jugendhilfe zukommt, allerdings nicht

aus Expertensicht, sondern aus dem Blickwinkel der Leistungsempfänger. Die „Qualitätsentwicklung in den erzieherischen Hilfen mit Hilfe von Nachbefragungen“ stand im Mittelpunkt des Vorhabens, das sich zum Ziel setzte, für diese Nachbefragungen ein praxistaugliches Instrument zu entwickeln und so auch die Beteiligung von Adressaten und Adressatinnen der Erziehungshilfe zu fördern. Das Praxishandbuch zum Projekt ist unter www.kvjs.de abrufbar.

Ulrike von Siegroth

„Kinderschutz steht an erster Stelle“

Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in der Weiterentwicklung

Auf dem Programm standen sein Ist-Zustand und seine Zukunft: „Den Orientierungsplan leben“ – unter diesem Veranstaltungstitel hatte das Forum Frühkindliche Bildung Baden-Württemberg die Fachwelt versammelt. Darunter Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Landesjugendamtes. Ein Gespräch über Herausforderungen und Ziele des Plans.

Herr Häcker, als Leitfaden innerhalb einer Kindertageseinrichtung dient der Orientierungsplan als bewährtes Instrument. Welches Gewicht hat dieser Plan?

Die Gewichtung des Plans hängt von zwei Dingen ab: Einerseits ist das seine Verbindlichkeit, andererseits seine Finanzierung. Um die Ziele des Plans umsetzen zu können, wurde – im Anschluss an die politische Übereinkunft vom November 2009 zwischen Land und Kommunalen Landesverbänden – der Mindestpersonalschlüssel der Einrichtungen erhöht und in der Kindertagesstättenverordnung gesetzlich geregelt. Nun soll der Orientierungsplan zumindest in Teilen verbindlich werden. Hierzu ist eine klare Definition der verbindlichen Inhalte notwendig.



Gerald Häcker, Dezernatsleiter KVJS-Landesjugendamt. © Monika Kleusch

In Zukunft geht es darum, den Orientierungsplan auf den neuesten Stand zu bringen, ihn aktuellen Entwicklungen und neuen Herausforderungen anzupassen. Was ist in Ihren Augen hierbei das A und O?

Die Umsetzung des professionellen Kinderschutzes steht an erster Stelle. Hierzu gibt das am 10. Juni 2021 in Kraft getretene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz die Leitlinien vor. In diesem Gesetz sind auch Veränderungen in der inklusiven Betreuung angelegt, hierzu ist auf Landesebene die gesetzliche Anpassung und Prüfung der Finanzierung anzustreben.

Welche Gesichtspunkte sollten neben Kinderschutz und Inklusion ebenfalls berücksichtigt werden?

Weitere Aspekte sind die qualitative Betrachtung der Kinderrechte, der Partizipation, der Förderung von Säuglingen und Kleinkindern, der Sprachförderung und der motorischen Entwicklung.

Was ist für Sie unverzichtbar, um den Orientierungsplan tiefgreifend zu realisieren?

Alles steht und fällt mit den pädagogischen Fachkräften. Es bedarf ausreichend Personal, das vor allem gut aus- und fortgebildet ist – und langfristig gebunden werden kann. Auf diese Ressource wird es ankommen.

Was bedeutet das konkret?

In den letzten zehn Jahren hat sich das Personal nahezu verdoppelt. Waren es 2009 zum Beispiel rund 48.000 Fachkräfte in den Einrichtungen, zählten wir 2019 gut 95.000. Und der Bedarf wird weiter steigen. Immer mehr Kinder – sowohl unter als auch über drei Jahren – beanspruchen einen Betreuungsplatz. Wir prognostizieren für 2025 rund 40.000 weitere notwendige Fachkräfte, rechnet man Mehr- und Ersatzbedarf zusammen.

Den Blick nach vorn gerichtet: Was erwarten Sie perspektivisch?

Dass es uns allen gemeinsam gelingt, all diese Herausforderungen, die der Orientierungsplan mit sich bringt, zu bewältigen – ob von Seiten der Träger, der Politik, der Mitarbeitenden in den Einrichtungen oder der Eltern. Dass alle Akteure zusammenwirken, um die Kita als solche fit für die Zukunft zu machen. Wenn der Orientierungsplan dabei eine wertvolle Unterstützung bietet, umso besser.

Das Interview führte Ulrike von Siegroth

INFO

Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in baden-württembergischen Kindergärten und weiteren Kindertageseinrichtungen soll ein Update bekommen. In der Veranstaltung „Den Orientierungsplan leben“ vom Forum Frühkindliche Bildung Baden-Württemberg wurden die Ergebnisse der Evaluation des Plans sowie ein Konzept für seine Weiterentwicklung thematisiert. Mehr dazu: www.ffb-bw.de

© apinan - stock.adobe.com

Schulsozialarbeit: Vernetzungs- und Austauschtreffen

„Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen sind weitreichend“, betonte Marion Steck anlässlich des dritten Vernetzungs- und Austauschtreffens für die Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen der Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Die Referatsleiterin im KVJS-Landesjugendamt unterstrich zugleich die Dringlichkeit: „Der Bedarf und die Bedeutung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit haben sich dadurch deutlich hervorgehoben.“ Und so lud das Online-Treffen rund 30 Mitarbeitende aus Koordinationsstellen

und Fachverantwortliche für die Schulsozialarbeit zum gemeinsamen Austausch ein. Zur Sprache kam im Zuge dessen auch eine außerordentliche Erhebung in der Schulsozialarbeit: Hierbei wurde vor allem der Ruf nach notwendigen Strukturen laut, die das Arbeitsfeld in Krisenzeiten handlungssicher machen – Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit inbegriffen.

Mandy-Jane Breinlinger / Ulrike von Siegroth



MPD startet 2022 Qualifizierungsmarathon

Anforderungen an das Teilhabemanagement sind gestiegen

Der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) baut 2022 sein Angebot für Fachkräfte der Stadt- und Landkreise zur Anwendung von ICF und BEI_BW deutlich aus. Der Bedarf ist groß.



Fortbildungen sollen einheitliche Fallbearbeitung gewährleisten. © Robert Kneschke - stock.adobe.com

Wie ist die gesundheitliche Situation einer Person mit Behinderung? Welche Wünsche und Lebensvorstellungen hat sie? Welche Unterstützung ist nötig, um diese Vorstellungen zu erfüllen? All dies sind Grundfragen, wenn es darum geht, die gesellschaftliche Teilhabe sicher zu stellen.

Das Land Baden-Württemberg hat 2020 auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation eine eigene Methode entwickelt, um die wesentlichen Fragen zur Teilhabe zu beantworten. Dieses Bedarfsermittlungsinstrument Baden-Württemberg (BEI_BW) soll seither flächendeckend angewendet werden. Und hier kommt der MPD ins Spiel.

„Im vergangenen Jahr haben wir bereits drei eintägige Veranstaltungen zu ICF und vier zu BEI_BW angeboten“, erklärt Alina Greiner, die stellvertretende Leiterin des MPD. „In diesem Jahr werden wir zu beiden Themen je zehn Tagesveranstaltungen anbieten.“

Die beiden Veranstaltungen werden nun als zweitägiges Kompaktseminar angeboten.

Online- und Präsenzveranstaltungen geplant

„Der Bedarf ist groß. Die Stadt- und Landkreise haben viel neues Personal“, weiß Peter Sehle, Fachkoordinator beim MPD. „Am besten kommen Leute mit praktischer Erfahrung in der Behindertenhilfe mit der komplexen Aufgabe zurecht.“ Sehle muss es wissen. Als gelernter Heilerziehungspfleger kommt er, wie alle Fachberater des MPD, aus der Praxis.

Um möglichst Vielen die Teilnahme zu ermöglichen, sind vier der zehn Doppelveranstaltungen als Online-Format geplant. Die anderen sechs sollen, sofern die Coronalage dies zulässt, in den KVJS-Tagungszentren in Gültstein und Flehingen stattfinden. Alina Greiner betont: „Wir wollen mit unserem Angebot eine landesweit einheitliche Anwendung bei der Fallbearbeitung und der Bedarfsermittlung nach SGB IX sicherstellen.“

Monika Kleusch

INFO

Alle Veranstaltungsinfos im Internet unter KVJS: Anwendung ICF und BEI_BW - 22-2-ICF_BEI-1 www.kvjs.de/fortbildung/detail/kurs/22-2-ICF_BEI-1/info kann man sich über die zweitägige Fortbildung informieren und auch gleich anmelden.

Mehr Wohnberater braucht das Land

Startschuss für neues Qualifizierungsangebot

Wohnberater leisten einen wesentlichen Beitrag zur ambulanten Versorgung von Senioren und Menschen mit Behinderung. Umso wichtiger ist es, dass Wohnberatung flächendeckend ausgebaut wird und wohnortnah bereitsteht. Eine neue Fortbildung soll diesen Prozess unterstützen.

Wohnberater helfen Menschen, die im Alter oder bei Behinderung weiterhin Zuhause leben wollen. Sie zeigen Möglichkeiten auf, wie der Wohnraum auf individuelle Bedarfe angepasst und finanziert werden kann – immer unabhängig und neutral. Gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung nimmt die Bedeutung dieser Aufgabe stetig zu.

Zertifiziertes Know-how

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungsanpassung e.V. bietet der KVJS ab diesem Jahr eine Fortbildung mit Zertifizierung für angehende Wohnberater an. Damit sollen gute Qualitätsstandards in der Wohnberatung etabliert und der Ausbau flächendeckender Beratungsangebote gefördert werden. Die Teilnehmenden erhalten umfassende Kenntnisse, die dabei unterstützen, ein Beratungsangebot vor Ort zu schaffen oder in bereits existierende Strukturen zu integrieren.

Die Schulung umfasst knapp 100 Unterrichtseinheiten, 30 Stunden Hospitation in einer Wohnberatungsstelle sowie eine Abschlussarbeit. Das Angebot vermittelt umfangreiches Know-how zu baulichen und technischen Lösungsmöglichkeiten. Zudem werden Wege der Finanzierung aufgezeigt, rechtliche Grundlagen gelehrt und die unterschiedlichen Krankheitsbilder thematisiert.

Thema der Zukunft

Der KVJS engagiert sich intensiv im Bereich Wohnen im Alter und unterstützt die fachliche

Weiterentwicklung der Wohnberatung. Im Rahmen seines Forums Wohnberatung können sich die Experten vernetzen und über Entwicklungspotenziale diskutieren. Landesweit bekannt ist zudem die barrierefreie Musterwohnung des KVJS. Bereits seit mehr als 20 Jahren werden in der Werkstatt Wohnen technische Hilfsmittel und bauliche Möglichkeiten vorgestellt. Einmalig ist dabei der Fokus auf Wohnungsanpassung mit Lösungen, die für den Einzelnen finanziell tragbar sind.

Julia Holzwarth



Stolperfallen und Barrieren in den eigenen vier Wänden abbauen – Wohnberater wissen, worauf es ankommt. ©: Thomas Brenner



Wo können sich Eltern Hilfe holen? © Drazen - stock.adobe.com

(K)ein Anschluss unter dieser Nummer?

Jahrestagung aller Netzwerkkoordinierenden Frühe Hilfen 2021

Unter dem Motto „(K)ein Anschluss unter dieser Nummer – neue Zugänge für die Öffentlichkeitsarbeit“ fand im Oktober die hybride Jahrestagung im KVJS-Bildungszentrum Schloss Flehingen statt.

„Diese Jahrestagung ist eine ganz besondere. Nach über zwei Jahren können wir die Jahrestagung der Netzwerkkoordinierenden Frühe Hilfen als teilweise hybride Jahrestagung stattfinden lassen“. Mit diesen Einführungsworten begrüßte Annette Krawczyk, stellvertretende Referatsleiterin Jugendarbeit, Förderprogramme und Landesverteilstelle UMA die 40 Teilnehmer vor Ort im Bildungszentrum Schloss Flehingen. Rund 20 weitere Personen schalteten sich für die Hauptvorträge per Live-Übertragung nach Flehingen zu.

Erreichbarkeit trotz Kontaktbeschränkungen

„Junge Familien und werdende Familien stellte und stellt die Corona-Pandemie vor besondere Herausforderungen. Jedoch verhinderten die Einschränkungen durch die Corona-Verordnung und die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen

die niedrighwelligen Zugänge, welche die Frühen Hilfen auszeichnen“, beschreibt Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Landesjugendamtes. „Seit Beginn der Bundesstiftung beziehungsweise Bundesinitiative wurden gute Strukturen vor Ort geschaffen. Jedoch erreichen die Angebote der Frühen Hilfen nicht alle Eltern gleichermaßen.“ Daher lag der Schwerpunkt der Veranstaltung auf der gezielten Öffentlichkeitsarbeit, um die aktuellen Formen der Erreichbarkeit bekannt zu machen.

Christine Uhlmann von der Sinusakademie referierte zum Thema „Erreichbarkeit von Familien und unterschiedlichen Zielgruppen“. Wer sind die möglichen Zielgruppen der Frühen Hilfen? Was macht sie aus und wie können sie angesprochen werden? Mit diesen Fragen beschäftigte sich Christine Uhlmann in ihrem Vortrag und präsentierte ein Milieu-Update. „Während der Anteil der

traditionellen Milieus zurückgeht, beobachten wir ein Wachstum im modernen Segment. Schnell wachsen die beiden expeditiven und adaptiv-pragmatischen Zukunftsmilieus, deren Umgang mit den aktuellen Herausforderungen wie politischen Umbrüchen oder klimatischen Extremereignissen zukünftige Trends erkennen lässt.“

Beratung auf Distanz?

Zu „Möglichkeiten und Grenzen von Beratung auf Distanz“ referierten Hannah Kipphan und Jana Rakel (Bundeskongress für Erziehungsberatung e.V., bke-Online-Beratung). „Die Beratung in der bke-Onlineberatung erfolgt ausschließlich anonym und schriftbasiert. Es besteht die Möglichkeit der Beratung zu jedem beliebigen Zeitpunkt, orts-

ungebunden. Die Wahrung der eigenen Anonymität führt gerade am Anfang einer Beratung dazu, dass man erst einmal alles loswerden kann, was belastet, ohne an die Folgen oder Konsequenzen zu denken.“

Workshop-Runden mit Themen wie Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit, zielgruppengerechter Werbung, Social Media in der Jugendhilfe und Väter als besondere Zielgruppe rundeten das Programm des ersten Tages ab. Und mit Workshops zu verschiedenen Themenfeldern der Frühen Hilfen ging es am Folgetag weiter, darunter Familien mit einem schwer erkrankten oder behinderten Kind, sozialraumorientierte Netzwerkarbeit, Elternpartizipation gestalten sowie einer Zukunftswerkstatt für die Ausrichtung der Frühen Hilfen.

Mandy Breinlinger

Quartiersakademie mit neuem Internetauftritt online

Mit einem frischen Design und vielfältigen Funktionen präsentiert die Quartiersakademie Baden-Württemberg ihr Bildungsangebot auf einer neuen Webseite. Die zahlreichen Veranstaltungen werden übersichtlich dargestellt und auch darüber hinaus stehen viele weitere Infos, Filme und Literatur rund um die Quartiersentwicklung zur Verfügung. Schauen Sie vorbei: www.quartiersakademie.de. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie ist Anlaufstelle für alle, die sich in der Quartiersentwicklung engagieren und in dem Bereich weiterbilden möchten. Auf der Webseite können sie Qualifizierungen finden und eine finanzielle Unterstützung für die Teilnahme beantragen. Die Quartiersakademie ist ein Baustein der Landesstrategie Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten (www.quartier2030-bw.de). Die Teilnahme an den Fortbildungen fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Mitteln des Landes. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie ist beim KVJS angesiedelt.

Andrea Keller / Julia Holzwarth



Neues aus der Kindertagespflege

Kollegialer Austausch und wertvolles Wissen für die Praxis

Die Jahrestagung Kindertagespflege 2021 widmete sich einer Reihe aktueller Fragestellungen. Dabei standen drei Kernthemen im Mittelpunkt: Umsetzung der Verwaltungsvorschrift Kindertagespflege, das neue Qualifizierungskonzept mit 300 Unterrichtseinheiten sowie die Anforderungen an den Kinderschutz im Rahmen der Kindertagespflege.

Rund 60 Teilnehmer aus den Jugendämtern folgten der Online-Tagung. Im Namen des KVJS-Landesjugendamtes begrüßte Referatsleiterin Evelyn Samara die Gastredner der Veranstaltung, die gegenwärtige Entwicklungen der Kindertagespflege in den Fokus rückte.

Verwaltungsvorschrift im Detail

Zum Thema „Umsetzung der aktuellen Verwaltungsvorschrift Kindertagespflege vom 06.04.2021“ referierte Mira Thaker vom Kultusministerium. Sie nahm die neue Verwaltungsvorschrift genauer unter die Lupe, informierte über Planung und Finanzierung der Qualifizierungsoffensive. Zu Inhalt und Umsetzung hieß es schließlich: „Im Rahmen der angestrebten Qualitätsentwicklung in der Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen ist der Projektschwerpunkt die Erhöhung der Qualifizierung von 160 Unterrichtseinheiten auf 300 analog zum „Kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege“ (QHB) auf Bundesebene.“

Qualifizierungsoffensive im Blick

Ines Bloth vom Landesverband Kindertagespflege knüpfte an den Vortrag an und sprach über den

Sichern Sie sich Ihren Platz!

Die nächste Jahrestagung Kindertagespflege ist für den 27. September 2022 vorgesehen. Geplanter Veranstaltungsort ist Stuttgart. Nähere Informationen gibt es hier: www.kvjs.de



Zum Wohle der Kleinsten. © RioPatuca Images - stock.adobe.com

aktuellen Arbeitsstand zur Planung und Durchführung der Qualifizierungsoffensive Kindertagespflege. Dabei stellte sie auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen QHB und Qualifizierungskonzept BW dar.

Prof. Dr. Jörg Maywald, Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind, beendete die Reihe der Vorträge. Der Honorarprofessor der Fachhochschule Potsdam und Sprecher der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention informierte rund um das Thema „Kinderrechtsbasierter Kinderschutz in der Kindertagespflege“. Im Zuge dessen kamen auch die Neuerungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) zur Sprache. Zudem stellte Prof. Dr. Maywald mögliche Schritte einer Vereinbarung nach § 8a, Abs. 5 SGB VIII vor. Die Begriffe „Kindeswohlgefährdung“ und „Beeinträchtigung des Kindeswohls“ wurden differenziert und der Einsatz einer Ombudsstelle – als Beschwerdestelle außerhalb der Kindertagespflege – thematisiert.

Mandy-Jane Breinlinger / Ulrike von Siegroth

Starke Partnerschaft: Jugendhilfe und Polizei

Jahrestagung fördert Dialog und Zusammenarbeit

Die Kooperation zwischen dem KVJS-Landesjugendamt mit dem Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg hat eine jahrelange Tradition. Zum nunmehr 26. Mal fand die gemeinsame Fachtagung statt. Austragungsort war die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen. Und nicht nur Corona war ein Thema.

Auch wenn aufgrund der Pandemie der Teilnehmerkreis recht klein war, so waren die Themen umso größer. 40 Fachkräfte aus den Arbeitsfeldern der Jugendhilfe und der Polizei tauschten sich auf der jüngsten Jahrestagung zu relevanten Herausforderungen aus – unter anderem über die Folgen von Corona sowie „Rassismuskritische Impulse für die Arbeit mit Jugendlichen“ und „Radikalisierungsprozesse“.

In ihrem Vortrag „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen“ stellte Diplom-Psychologin Katja Fischer den Aspekt der psychischen Gesundheit in den Mittelpunkt und thematisierte die emotionalen Belastungen, denen die jungen Menschen durch die Pandemie ausgesetzt sind.

Marion Steck, Referatsleiterin im KVJS-Landesjugendamt, hob in ihrem Impuls die Angebote und Maßnahmen hinsichtlich der Auswirkungen der Pandemie hervor und informierte über das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ – als Gesamtstrategie von Bund, Ländern und Kommunen. Vielfältige Unterstützungsangebote der Kinder- und Jugendarbeit beziehungsweise Jugendsozialarbeit können so realisiert werden.

Aktionen aus den Bereichen Sport und Kultur oder Kinder- und Jugendfreizeiten zählen unter anderem zu den Maßnahmen, die mithilfe des Aufholprogramms umgesetzt werden können.

Für das große Aufgabenfeld der Schulsozialarbeit etwa stehen im Rahmen des Programms in Baden-Württemberg vom Bund insgesamt rund

18 Millionen Euro (für 2021 und 2022) zusätzlich zur Verfügung.

Anregung zum Austausch

Tilman Kübler, Arbeitsbereichsleiter Verhaltensorientierte Prävention beim LKA, stellte Aktuelles rund um die Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen vor. Neu sind beispielsweise sieben Kurzfilme, die im Zuge des aktualisierten Programms „Herausforderung Gewalt“ entstanden sind. Die Filme wurden gemeinsam mit der Filmakademie Ludwigsburg produziert und können in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen verwendet werden.

Besonders der Vortrag „Rassismuskritische Impulse für die Arbeit mit Jugendlichen“ hat zur Reflexion über die Arbeit angeregt – viele Beispiele und Fragen aus der Praxis inklusive. Ein offener Austausch zu aktuellen Themen aus den jeweiligen Arbeitsbereichen rundete die Tagung ab. Hierbei ging es unter anderem um die unterschiedlichen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie Veränderungen durch das Jugendgerichtsgesetz (JGG) an den einzelnen Standorten.

Riva Moll / Ulrike von Siegroth

Zum Vormerken:

Die diesjährige Jahrestagung Jugendhilfe und Polizei findet vom 14. bis 15. September 2022 an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen statt. Details und Anmeldung unter: www.kvjs.de



© Cozine - stock.adobe.com

Neu erschienen

Alle bestellbaren Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie finden sämtliche Veröffentlichungen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/.

Soziales

Leistungen der Eingliederungshilfe 2020, 2021.

Der Bericht beschreibt und analysiert das Leistungsgeschehen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs. Neben den Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes liegt das Augenmerk zudem auf den inklusiven Leistungen in Schulen, die aktuell im Fokus politischer Aufmerksamkeit stehen.

Bestellung:

Manuela Weissenberger
Telefon 0711 6375-307
Sekretariat21@kvjs.de

Maria Cumplido
Telefon 0711 6375-769
Sekretariat21@kvjs.de

Jugend

Fortbildungen und Tagungen für den Bereich Jugend, 2022.

Das Programm greift neben bewährten Angeboten auch aktuelle Entwicklungen und neue Themenfelder auf.

Bestellung:

Fortbildung@kvjs.de

Handreichung: Meldung besonderer Ereignisse und Entwicklungen gemäß § 47 SGB VIII, 2. überarbeitete Auflage, Juni 2021.

Die Veröffentlichung beschreibt Anlässe und Situationen, in denen Träger von Jugendhilfeeinrichtungen besondere Ereignisse mitteilen müssen. Neben den gesetzlichen Grundlagen sind auch die Handlungsschritte des KVJS-Landesjugendamts beschrieben.

Bestellung:

Ulrike Cserny
Telefon 0711 6375-469
Ulrike.Cserny@kvjs.de

KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de